Zeitschrift: Nachrichten aus der Eisen-Bibliothek der Georg-Fischer-Aktiengesellschaft

Herausgeber: Eisenbibliothek

Band: - (1973)

Heft: 40

Vereinsnachrichten: Dreizehnte Eisen-Bibliothek-Tagung im Klostergut Paradies 10. November 1972

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NACHRICHTEN AUS DER

EISEN-BIBLIOTHEK

DER GEORG FISCHER AKTIENGESELLSCHAFT

„VIRIS FERRUM DONANTIBUS" Schaffhausen, Mai 1973 Nr. 40

DREIZEHNTE EISEN-BIBLIOTHEK-TAGUNG IM KLOSTERGUT PARADIES 10. NOVEMBER 1972

An dieser Veranstaltung sprach *Prof. Dr. Ralf Dahrendorf*, Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, über «AUSSENHANDELS- UND INDUSTRIEPOLITIK DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN». In der Folge geben wir eine stark gekürzte Fassung des Vortrages wieder. Nach einleitenden Ausführungen über die wirtschaftliche Bedeutung der erweiterten Europäischen Gemeinschaften widmete Professor Dahrendorf seine Aufmerksamkeit einigen ausgewählten Themen, die seiner Auffassung nach in der westlichen Handels- und Industriepolitik von grosser Bedeutung sind. Der Referent führte dabei aus:

«Unsere Aussenhandelspolitik ist ohne Frage das grosse Thema der nächsten Jahre und damit der weltweiten Handelsrunde in Genf — im Rahmen des GATT.

Die Gipfelkonferenz in Paris hat bestätigt, dass die Europäische Gemeinschaft an einer solchen GATT-Runde aktiv teilnehmen wird. Das heisst, dass wir nicht auf das warten, was die andern tun, sondern, dass wir unsererseits eine Gemeinschaftskonzeption entwickeln für die handelspolitische Haltung in dieser Runde.

Es geht hier um ein internationales Handelsgespräch, bei dem die Europäische Gemeinschaft durch die Kommission mit *einer* Stimme spricht und bei dem die einzelnen Mitgliedstaaten Zulieferer für die Gemeinschaftskonzeption, nicht aber Teilnehmer des weltweiten Gesprächs sind.

Die Vereinigten Staaten werden wohl ihrerseits in der Vorbereitung zur neuen Welthandelsrunde beträchtlich aktiv werden. Der amerikanische Kongress, wie wir ihn jetzt haben, wird nicht weniger, sondern stärker geneigt sein, ein Gesetz wie die Burke-Hart-Bill zu unterstützen, und er wird nicht stärker, sondern weniger geneigt sein, das Handelsgesetz zu unterstützen, wie es innerhalb der amerikanischen Administration vorbereitet wird, und das — soweit ich weiss — wesentlich liberaler sein wird.

Es wird also einen heute schon absehbaren Konflikt geben zwischen der Absicht des amerikanischen Präsidenten, selbst grosse Fortschritte in die Wege zu leiten, und der Absicht des amerikanischen Kongresses, zum Schutze von Arbeitsplätzen Massnahmen zu befürworten, die wir mit Recht als protektionistisch bezeichnen können.

Im Rahmen der neuen Handesrunde werden wir uns auch über Zölle unterhalten, und es ist unsere Auffassung, dass hier eine gewisse Vorsicht am Platze ist.

In den industrialisierten Ländern sind seit dem Ende der Kennedy-Runde im Jahre 1962 die Zölle im Grunde genommen niedrig. Die durchschnittlichen Aussenzölle bewegen sich in den wesentlichen Industrieländern zwischen 6 % und 10 %.

Wenn wir eine weitere rasche Senkung dieser Aussenzölle durch eine weltweite Vereinbarung vorsehen, besteht die Gefahr, dass industrialisierte Staaten mehr und mehr versuchen werden, verschwindende Zölle durch neue, nicht tarifäre Handelshemmnisse zu ersetzen. Es besteht weiter die Gefahr, dass die durch den Abbau der Zölle sich ausweitende Konkurrenz erneut eingeschränkt würde durch administrative, steuerrechtliche Massnahmen bis hin zu Selbstbeschränkungsabmachungen. Ich wäre schon froh, wenn wir uns frühzeitig im Rahmen einer weltweiten Handelsrunde darauf einigen könnten, bei den nichttarifären Handelshemmnissen eine Art «stand-still» zu verabreden, um dann die Frage zu prüfen, wie gleichzeitig sowohl der Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse als auch derjenige der Zölle betrieben werden könnte.»

Die Beziehung zwischen Handels- und Währungsfragen

«Eine andere Bemerkung soll dem kritischen Thema des sogenannten Link, der Beziehung zwischen Handels- und Währungsfragen, gelten. Es gibt im Hinblick auf die Beziehung zwischen Handels- und Währungsfragen zwei sehr verschiedene Auffassungen — eine der Vereinigten Staaten und eine andere, die auch wir als Europäische Gemeinschaften vertreten.

Die Vereinigten Staaten gehen davon aus, dass es im Weltwährungsbereich für Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen eine Verpflichtung gibt, Ländern mit Zahlungsbilanzdefiziten — gemäss gewissen automatischen Regeln — entgegenzukommen.

Ich zweifle nicht daran, dass wir in den Gesprächen über die Reform des Weltwährungssystems während der nächsten zwei Jahre mit handelspolitischen Forderungen der Vereinigten Staaten konfrontiert werden, die sich nur aus dieser Grundhaltung erklären lassen!

Die Frage der Schutzmechanismen bei Marktstörungen

«Ein weiterer entscheidender Punkt ist die Frage der Schutzmechanismen, die bei weltweiten Handelsregelungen für den Fall von Marktstörungen vorgesehen werden. Hier wird es sich zeigen, an welchem Punkt zwischen dem Ideal des Freihandels und der Tendenz zu einem organisierten Weltmarkt wir stehen bleiben.

Der Freihandel ist sicherlich heute noch nicht Wirklichkeit und ist es eigentlich auch nie gewesen. Er war immer nur das Ideal der Selbstbewussten — wie es ja mit liberalen Ideen zu sein pflegt. Im Grunde genommen ist der Freihandel bis jetzt ein Versuch gewesen, gegen viele andere, oft sehr viel stärker organisierte Interessen eine vernünftige Öffnung durchzusetzen. Der Druck auf eine stärkere Organisation des Welthandels wächst allerorten — nicht nur bei den amerikanischen Gewerkschaften,

die glauben, auf diese Weise Arbeitsplätze schützen oder schaffen zu können, sondern auch bei manchen Industrien.
Eine fundamentale Voraussetzung für eine befriedigende Lösung sollte der Grundsatz sein: Schutzmechanismen bei Marktstörungen dürfen unter keinen Umständen isoliert und für sich angewendet werden. Sie müssen immer und überall mit *inneren* Massnahmen jener Länder in Zusammenhang stehen, die Marktstörungen beobachten oder vermuten. Deren Ziel muss es sein, die einmal ergriffenen Schutzmechanismen so früh wie möglich wieder ausser Kraft zu setzen.»

Industriepolitik mit ergänzender Funktion
«Ich sehe hier den Ansatz gerade auch für die Industriepolitik der Europäischen Gemeinschaft. Wir sind kein COMECON und wollen es auch nicht werden. Wir sind also keine Einrichtung, die es als Aufgabe ihrer Industriepolitik ansieht, im einzelnen Produktionsplanungen zu betreiben und zu bestimmen, an welchen Standorten welche Produkte hergestellt werden. Ich würde es für eine sehr gefährliche europäische Entwicklung halten, wenn unsere Industriepolitik zu stark entwickelt würde, weil eine kräftig entwickelte Industriepolitik kein Musterbeispiel für eine marktwirtschaftliche europäische Gemeinschaft wäre. Industriepolitik ergänzt im wesentlichen andere politische Entscheidungen und hat somit ergänzenden Charakter.
Wichtig scheint mir, dass zusammen mit Sozialpolitik und Regionalpolitik die Aufgabe erfüllt werden kann, alternative Beschäftigungsmöglichkeiten und industrielle Entwicklungsmöglichkeiten dort zu schaffen, wo es einen erkennbaren wirtschaftlichen Strukturwandel gibt, der ganze Branchen, Regionen oder Bevölkerungsgruppen trifft.
Durch die Interventionen des britischen Premierministers wurde entschieden, in den Rahmen einer industriellen und regionalen Strukturpolitik nicht nur Regionen einzuschliessen, die noch landwirtschaftlichen Charakter haben und im Übergang zur Industrialisierung sind, sondern auch — und gerade — Regionen, in denen die industriellen Strukturveränderungen heute schon im Vordergrund stehen.»

Die Gefahr der Selbstbeschränkungsabkommen
«In mancher Hinsicht hat die Industrie versucht, sich ausserhalb einer immer schwieriger werdenden Konkurrenzlage selbst zu helfen. Insbesondere finden wir eine beträchtliche Tendenz zur Ausweitung von Selbstbeschränkungsabkommen. Der freie Welthandel wird von zwei Richtungen gleichzeitig angeknabbert: Einmal von Seiten der Rohstoffabkommen, wie sie vor allem die Entwicklungsländer wünschen, zum anderen aus der Richtung der Selbstbeschränkungsabkommen, wie sie vor allem in den entwickelten Ländern gewünscht werden.
Die Selbstbeschränkungsabkommen machen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Entscheidungsinstanzen erhebliche Sorgen: Erstens wegen unserer Verpflichtung zur Aufrechterhaltung eines Wettbewerbssystems innerhalb der Gemeinschaft. Wir glauben, dass aus wettbewerbspolitischen Gründen Selbstbeschränkungsabkommen kaum oder gar nicht zu rechtfertigen sind. Zum zweiten, weil die Europäische Gemeinschaft sich in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion bewegt, und dazu eine gemeinsame Konjunkturpolitik unumgänglich ist. Eine gemeinsame Konjunkturpolitik wird aber nahezu unmöglich gemacht, wenn grosse Bereiche der Wirtschaft aus dem politisch überhaupt Zugänglichen ausgeklammert sind. Zum dritten machen sie uns aus handelspolitischen Gründen Sorgen, weil eine gemeinsame Handelspolitik ihren Kern, ihre Möglichkeiten verliert, wenn sie durch subgouvernemental getroffene Abkommen unterlaufen wird, was nicht bedeutet, dass wir eine dogmatische Haltung einnehmen.»

Die Suche nach neuen Märkten
«Zum wichtigen und durchaus aktuellen Thema Osthandel möchte ich zum Schluss noch folgendes sagen: Die Gipfelkonferenz in Paris hat bestätigt, dass per Januar 1973 die handelspolitische Kompetenz in der Europäischen Gemeinschaft auf die Gemeinschaft als solche übergeht.» Professor Darendorf betonte, dass das Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China, wie es vor kurzem abgeschlossen worden ist, das letzte bilaterale Abkommen gewesen sei, das ein Mitgliedsland der EG mit einem Staatshandelsland vereinbart habe. Es sei — wie alle bilateralen Abkommen der vergangenen drei Jahre — mit der Gemeinschaft abgesprochen worden und müsse bis 1974 auslaufen können. Der Referent leitete dann über zur Frage der Zuständigkeit im Falle von Verträgen über technische und wirtschaftliche Kooperationen. Wörtlich meinte er: «Es gibt darüber sehr verschiedene Meinungen und Haltungen. Wir haben festgestellt, dass Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland teils Kooperationsabkommen abgeschlossen haben, teils die Absicht ha-

ben, dies zu tun, in der Meinung, dass dies nicht unter die gemeinsame Handelspolitik fällt.
Der Osthandel hat heute noch eine relativ geringe Bedeutung. Im Gesamtvolumen ist er an sehr später Stelle zu finden. Der Binnenhandel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg ist wesentlich grösser als der gesamte Handel der Bundesrepublik Deutschland mit China. Man könnte noch andere Dimensionsvergleiche geben, um deutlich zu machen, wie stark das Thema in der politischen Diskussion überschätzt wird. Wir gehen aber in eine Zeit, in der die Suche nach neuen Märkten intensiver wird, und in der alle industrialisierten Länder bereit scheinen, auch ordnungspolitische Rücksichten etwas in den Hintergrund treten zu lassen.

Ich bin immer der Meinung gewesen, dass die Aufgabe der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa darin liegt, europäische Kooperation in jenen Bereichen zu entwickeln, in denen sie auf die innere Ordnung der Beteiligten keine Auswirkungen hat, also Kooperation, wie sie möglich ist, ohne dass durch sie unsere eigenen marktwirtschaftlichen Prinzipien eingeschränkt werden müssen.

Ich gehöre zu denen, die das amerikanisch-sowjetische Handelsabkommen zutiefst bedauern. Es ist auf lange Frist angelegt und nimmt einen Handel im Wert von mehreren Milliarden Dollar aus dem Prozess eines konvertiblen oder freien Welthandels heraus. Es ist auch ein Abkommen, in welchem eine der grossen freien Weltmächte darauf eingeht, die Steinzeitprinzipien des Handelsaustausches zu akzeptiern.

Ich habe grosse Sorge, dass sich das, was uns die Vereinigten Staaten da vorgemacht haben, ausbreiten wird, und dass auf der Suche nach verlässlichen Märkten ein immer grösseres Stück des Kuchens «freier Welthandel» aus dem Begriff freier Welthandel ausgeklammert werden muss, um in eine neue Form der Regelung, eine neue Form der Bilateralisierung, hineinzugeraten.

Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass man eine Handelspolitik gegenüber den Staatshandelsländern mit der ausdrücklichen Absicht betreibt, die Konvertibilität zu erleichtern und eine solche Handelspolitik geradezu anlegt auf die Erhaltung der Prinzipien des freien Welthandels. Vielleicht ist es auch denkbar, dass ein paar Korrekturen an der allzu einfachen und kurzsichtigen Interessenhaltung angebracht werden, die sich bisher in den letzten Jahren in nahezu allen freien Ländern der Welt herausgebildet hat.
Ich glaube, dass eine der grossen Aufgaben der Vertreter von Liberalität und Vernunft in unserer Zeit darin besteht, immer wieder daran zu erinnern, dass es den Menschen dann am besten geht, wenn sie in der Lage sind, subtile, komplizierte, schwierige Beziehungen in der Welt aufrecht zu erhalten, dass es ferner am stärksten im Interesse der Menschen liegt, den Versuch zu unternehmen, die ganze Vielfalt von Tatsachen, Meinungen und Auffassungen, Interessen und Ideologien in eine vielfältige Beziehung einzubringen. Komplexität und Subtilität sind grosse Werte in einer Welt, in der die Vernunft regiert.»

STIFTUNGSRAT —
NEUE ZUSAMMENSETZUNG
Amtsdauer 1972—1976

H. C. Bechtler, Dipl.-Ing. ETH, Zürich, Präsident
Prof. Dr. J. Ackeret, Küsnacht ZH
Prof. Dr. H. Boesch, Zollikon
Minister Dr. J. Burckhardt, Zürich
Prof. Dr. Th. Erismann, Dübendorf
F. Fournier, Dipl.-Ing., Gerlafingen
Prof. Dr. W. U. Guyan, Schaffhausen
G. Kaiser, Dipl.-Ing. ETH, Winterthur
Dr. K. Kaup, Düsseldorf
F. Luterbacher, Baden
Dr. B. Peyer, Schaffhausen
P. Schmidheiny, Zürich
Dr. M. H. Schneebeli, Schaffhausen
Dr. P. Sulzer, Hettlingen ZH
K. Türler, Binningen